

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 165/A(E) der Abgeordneten Dieter Brosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vereinheitlichung der schulautonomen Tage

Die Abgeordneten Dieter **Brosz**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 22. März 2007 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die aktuelle gesetzliche Gestaltung der schulautonomen Tagen, wonach aus Anlässen des schulischen oder sonstigen öffentlichen Lebens das Klassen- oder Schulforum bzw. der Schulgemeinschaftsausschuss höchstens fünf Tage in jedem Unterrichtsjahr schulfrei erklären kann, hat die Eltern in den letzten Jahren vor massive Probleme gestellt. Insbesondere bei Eltern mit Kindern an unterschiedlichen Schulen ergeben sich Schwierigkeiten bei der Betreuung ihrer Kinder. Diese Problematik wurde zuletzt durch eine Umfrage des Dachverbands der Pflichtschulleiternvereine in Zusammenarbeit mit dem Verband der Elternvereine an den Mittleren und Höheren Schulen sowie dem Hauptverband katholischer Elternvereine bestätigt. Demnach wünschen sich 82 Prozent der befragten Eltern eine Umwandlung in bundesweit einheitlich verordnete schulfreie Tage. Dazu ist eine gesetzliche Neuregelung im Schulzeitgesetz erforderlich.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seinen Sitzungen am 18. September 2007 und am 29. November 2007 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordneten Barbara **Zwerschitz** die Abgeordneten Dr. Robert **Rada**, Beate **Schasching**, Dieter **Brosz**, Mag. Dr. Martin **Graf**, Ursula **Haubner**, Sabine **Mandak** und Dr. Johann Georg **Schelling** sowie die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Dr. Claudia **Schmied**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Berichterstatterin für das Plenum wurde Abgeordnete Anna **Franz** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2007 11 29

Anna Franz
Berichterstatterin

Fritz Neugebauer
Obmann